

NEUAUFLAGE
Dem Andenken verpflichtet:
Willy Brandt
war 1950 – 1951
Chefredakteur
des Berliner
Stadtblattes ...

Seite 5

MEIN BERLIN



In Berlin muss man sicher leben können! Dieser Tage macht uns aber eine Häufung an brutalen Anschlägen nicht

nur in den U-Bahnhöfen große Sorgen.

Wir sind erschrocken und wütend zugleich. Weder die Politik noch die Berlinerinnen und Berliner können und wollen tatenlos zuschauen.

Daher gilt mein Dank denen, die handeln, wenn sie sehen, dass Menschen angegriffen werden. Sie sind der Beweis: Berlin wehrt sich gegen Gewalt!

Aber natürlich muss auch die Politik handeln! Mit einem umfassenden Sicherheitskonzept werden wir die Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften in den Bahnhöfen massiv verstärken. Wir werden die Videoüberwachung ausbauen, um Straftäter schnell zu stellen. Und wir werden die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Behörden weiter verbessern, damit auf eine Gewalttat eine schnelle Strafe folgt. Wir bauen weiter an der Sozialen Stadt. Das heißt auch: Recht und Ordnung ist ein Grundrecht, damit man sich in der ganzen Stadt sicher und wohlfühlen kann!

Klaus Wowereit



Berlins Foyer mit Gleisanschluss: der Hauptbahnhof. Für viele der Millionen Berliner Touristen der spektakuläre Eingang zur Stadt. Nicht mehr wegzudenken und doch erst fünf Jahre alt. „Happy Birthday, Hbf!“ Jetzt wird Geburtstag gefeiert: mit zweitägiger Party und Familienfest.
Foto: Paul Glaser

Keine Kompromisse bei der Sicherheit!

Mehr Präsenz, mehr Polizei und mehr Prävention

Es ist die klare Ansage gegen Gewalt auf Berlins U-Bahnhöfen: Seit gut einer Woche sind zunächst 60 Polizisten unterwegs auf Streife in der U-Bahn, 200 sind künftig eingeplant. Kein Gewalttäter dürfe sich sicher fühlen, sagt Innenminister Ehrhart Körting. Der Einsatz – Teil eines umfassenden Sicherheitskonzepts – wird in der Stadt begrüßt.

„Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt Rolf Wiegand, ehrenamtlicher Landesvorsitzender der Gewerk-

schaft ver.di, die auch die BVG-Beschäftigten organisiert. Darunter sind Busfahrer, die schon Attacken erlebt haben. „Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte in Bussen und Bahnen sind zu schützen. Diese brutale Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem, das jetzt mit Geld und Personal angepackt wird.“

30 Millionen Euro stellen Senat und BVG bereit. 200 zusätzliche BVG-Mitarbeiter sollen für mehr Sicherheit sorgen, die Videoüberwachung wird

verbessert, die Kontrolle in der Leitzentrale verstärkt. Künftig ist dort auch ein Polizist vor Ort, der sofort einen Einsatz auslösen kann. Und aus der Leitzentrale heraus sollen in Kürze Ansagen auf den Bahnhöfen möglich sein.

Fakt bleibt: Statistisch sind die Gewalttaten in Berlin seit Jahren rückläufig. Aber der Häufung von Brutalität in den vergangenen Wochen soll rasch ein Riegel vorgeschoben werden, auch wenn, wie Klaus Wowereit bei der Vorstellung

des Konzepts betonte, es keine hundertprozentige Sicherheit geben könne. Das Mehr an Sicherheit wird dennoch nicht zu Fahrpreiserhöhungen führen, versicherte BVG-Chefin Sigrid Nikutta.

Auf Streife sind ab Juni auch Spandauer Jugendliche des Projekts „Stark ohne Gewalt“. Sie wollen ihren direkten Draht zu Altersgenossen nutzen und in Bussen und Bahnen für einen gewaltfreien Umgang sorgen. Erfolgreiche Prävention, die jetzt ausgeweitet wird (s. S.4).

Wert der Arbeit

DGB-Chef Sommer beim „Mahl der Arbeit“ in Adlershof

Die SPD Treptow-Köpenick hat mit ihrem ersten „Mahl der Arbeit“ im WISTA-Corner eine neue Tradition begründet. Moderiert von Andy Jauch (MdA) diskutierten Betriebs- und Personalräte aus dem Bezirk, Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Michael Sommer.

Vor dem 1. Mai, so Michael Sommer, sei er in einem Interview gefragt worden, ob denn die Mai-Demonstrationen nicht



nur ein altes Ritual seien. Dass es aber wichtig ist, um den Wert der Arbeit an sich wieder in das Bewusstsein der Menschen zurückzuholen, zeigen aktuelle Entwicklungen.

Fortsetzung Seite 8

Bunte Baumscheiben

Nun ist das Engagement willkommen: Pflanzaktion im Treptower Norden

Der Kunger-Kiez ist noch ein Stück bunter geworden. In einer gemeinsamen Aktion von Kunger-Kiez-Initiative, SPD und Grünen wurden Baumscheiben in der Karl-Kunger-Straße, Bouché- und Kiefholzstraße bepflanzt.

Mitglieder der Parteien und der Bürgerinitiative, unter ihnen auch SPD-Bezirksbürgermeisterkandidat Oliver Igel, pflanzten neben verschiedenen Blumen auch Erdbeerpflanzen und Zierkürbisse. Noch vor einem Jahr gab es erhebliche



Probleme, wenn Bürger ihre Baumscheiben bepflanzen wollten. Nun ist das Engagement willkommen. Die SPD hatte dazu einen Beschluss

in der BVV auf den Weg gebracht. Auch in anderen Teilen des Bezirks können Bürger die Baumscheiben bepflanzen und pflegen.

IN DIESER AUSGABE

WIRTSCHAFT

Was Berlin schon alles kann, wo spannende Jobs entstehen und wie neue Fachkräfte ausgebildet werden. **Seite 3**

SERVICE

So wechseln Sie vom Atomstrom. Wählen Sie nach Ihren Umweltzielen. **Seite 6**

AUS DEM BEZIRK

Wie geht es bei der Uferbahn weiter? Was passiert im Strandbad Müggelsee? Im „Spreekurier“ finden Sie die Lokalnachrichten aus Treptow-Köpenick. **Seite 8**

ZITAT DES MONATS

»Wir lieben dieses Berlin. Wir mögen diese Stadt, ihr Lebensgefühl, ihre leisen und lauten Töne, ihre Impulsivität, manchmal ihre Rohheit und vor allem auch ihren herben Charme.«

Klaus Wowereit in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag am 13. Mai.

ZAHLEN DES MONATS

100

Die Nominierung von Klaus Wowereit zum Spitzenkandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus erfolgte letzte Woche mit 100 Prozent.

41,3

Milliarden. So viele Nachrichten wurden 2010 von Handys in Deutschland „gesimst“

GUT FÜR BERLIN

↑ **Europa.** Zwei Monate lang fährt der populäre Bus 100 als „Berliner Europabus“ auf 17 Haltestellen die verschiedenen Bezüge zu Europa ab. Unter dem Motto „Europa ist hier!“ soll damit der Blick für Europas Präsenz in Berlin geschärft werden: Forschungsförderung an der Humboldt-Universität, Natur- und Umweltschutz im Tiergarten, kulturelle Vielfalt in der schwangeren Auster, Verbraucherschutz – Europa steckt mit drin!



Der neue 100er. Foto: Glaser

Versichertenschutz. Versicherte der insolventen Krankenkasse City BKK haben beim Wechsel zu einer anderen Kasse Schwierigkeiten. Dabei ist die freie Wahl einer gesetzlichen Krankenkasse in diesem Fall ihr gutes Recht. Der SPD-Gesundheitspolitiker Thomas Isenberg hat deshalb jetzt ein Beschwerdetelefon unter der Rufnummer 030 – 3983 8508 eingerichtet, um ehemaligen Versicherten der City BKK zu helfen.

Familienunterstützung. Berlin soll familienfreundlicher werden: Beruf und Familie sollen in Zukunft in Berlin besser mit einander vereinbar sein, passgenaue Hilfsangebote für Familien mit Problemen geschaffen werden. So sieht es ein neues Konzept zur Familienpolitik vor, das SPD-Chef Müller und Sandra Scheeres, die familienpolitische Sprecherin der Fraktion vorgestellt haben.

SCHLECHT FÜR BERLIN

↓ **„Soziale Stadt“ gekürzt.** Die Bundesregierung will erneut die für Berlin wichtigen Mittel für die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ kürzen. Erst im Februar hatte der Berliner Senat mehr als 8 Millionen Euro als Ausgleich zur Verfügung gestellt, um 2011 die erfolgreichen Projekte und Maßnahmen im Quartiersmanagement ohne Bundesunterstützung fortsetzen zu können. Der neue Haushaltsplan der Bundesregierung deutet für 2012 auf eine weitere Halbierung der Mittel in der Städtebauförderung hin.

Weniger Mieterschutz. Das FDP-geführte Bundesjustizministerium plant, den Mieterschutz deutlich einzuschränken. Modernisierungen zum Klimaschutz müssen Mieter künftig grundsätzlich dulden, Mietminderungen sind in den ersten drei Monaten nicht mehr möglich. Der Mieterbund warnte, den Klimaschutz „nicht allein auf dem Rücken und auf Kosten der Mieter“ durchzusetzen.



Sieht sich nicht als Einzelkämpfer: der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mit den Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten auf dem SPD-Parteitag. Foto: Ulrich Horb

Vor der Wahl

Pressestimmen zur Kandidaten-Kür der SPD

Einmütig ist Klaus Wowereit am vergangenen Wochenende zum Spitzenkandidaten der Berliner SPD gewählt worden. Was schreiben die Zeitungen?

Die **Berliner Zeitung** meint zum Parteitag in der STAT-ION am Gleisdreieck: Es ist der zielgerichtet ausgesuchte Ort für das, was Wowereit über die Rolle Berlins zu sagen hat: Dass es eine Stadt ist, die sich immer verändern müsse, die nicht stehenbleiben könne, und die er, wenn er am 18. September wieder zum Regierenden Bürgermeister gewählt werden sollte, auch weiter verändern will. Der Name seiner grünen Konkurrentin Renate Künast fällt

bei Wowereit kein einziges Mal, aber jeder im Saal weiß, um wen es geht, als Wowereit sagt, „dass man Dilettanten nicht die Führung dieser Stadt überlassen darf“.

Die **Berliner Morgenpost** kommentiert: Die Zeit für Streit ist abgelaufen in der SPD. Wie so oft raufen sich die sonst so konfliktfreundigen Genossen vor wichtigen Wahlen zusammen. Nachdem zum Beispiel der Weiterbau Stadtautobahn A 100 von Neukölln nach Treptow im Wahlprogramm steht, akzeptieren auch die Kritiker klaglos die Entscheidung. Änderungsanträge dazu gab es in der Programmdebatte nicht.

Die Tageszeitung **taz** schreibt: Die Besucher und

Delegierten belohnen den Regierenden nach seiner Rede minutenlang mit stehendem Applaus, als hätten sie ihn bereits gewählt. Da bleibt eigentlich nur noch die Frage, ob es möglicherweise Enthaltungen bei seiner Wahl geben wird, Gegenstimmen sind nicht zu erwarten. Enthaltungen bleiben dann auch aus.

Das **Handelsblatt** stellt fest: Der Regierende Bürgermeister räumte auch Fehler ein etwa bei der Privatisierung der Wasserbetriebe 1999. „Wo wir können, werden wir das korrigieren, aber nicht um jeden Preis“, sagte er mit Blick auf die Bestrebungen für einen Rückkauf der Anteile von den privaten Investoren.

Post vom Berliner Stadtblatt

Antwort erwünscht: Jetzt können Sie uns schreiben

In unserer ersten Ausgabe finden Sie hier Briefe vom Stadtblatt an ausgewählte Leserinnen und Leser. In der kommenden Ausgabe ist Raum für Ihre Leserbriefe. Uns interessieren Ihre Meinung und Ihre Ideen: Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Mail: info@berliner-stadtblatt.de

Liebes Steuerplus! Kaum hast Du mit Hilfe der amtlichen Steuerschätzer das Licht der Welt erblickt, hast Du auch schon das Zeitliche gesegnet. Auf stolze 140 Mrd. € sollst Du bis 2014 anwachsen, aber Du bist innerhalb weniger Stunden bereits mehrfach verplant: Du musst zwar nicht übers Wasser laufen und dieses nebenbei zu Wein werden lassen, aber die Erwartungen an Dich sind auch so groß: Entlastung der Einkommen im unteren Drittel, Finanzierung der Energiewende, Entlastung der Kommunen, Rückkehr zur aktiven Arbeitsmarktpolitik und nebenbei

noch etwas Haushaltskonsolidierung. Da wär's fast besser, gar nicht erst erschienen zu sein, oder? Voller Verständnis, Deine Red.

Liebe Frau Merkel, das war die hohe Kunst der Politik, wie sie Herrn Brüderle aus dem Kabinett getrieben haben. Kein Machtwort, keine eigene Entscheidung war nötig, obwohl er ja nach seinen Äußerungen zur Atomenergie für Sie untragbar gewesen sein muss. Stattdessen trieben Sie ein Spiel über Bande, in diesem Fall über die FDP-Bande. Da hielten Sie einfach am Außenminister fest, gerade als der mal von etwas zurücktreten wollte. So konnte er nur noch seinen Parteivorsitz niederlegen. Damit war der arme Herr Rösler zur Übernahme dieses Amtes gezwungen. Weil er aber als Gesundheitsminister damit ganz schnell ganz alt ausgesehen hätte, musste er den Herrn Brüderle aus dem Kabinett herausrotieren, um einen ruhigen Job zu bekommen.

Das wussten Sie natürlich, Frau Merkel. Einfach toll, wie leicht Sie so eine Kabinettsumbildung hinbekommen, findet Ihre Red.

Lieber Heiner Geißler! Respekt! Das war ein echter Schlag ins Kontor: da lädt Dich die CDU-Berlin etwas naiv ein, um die menschen- und bürger-nah Seite der konservativen Volkspartei CDU zu unterlegen. Und was machst Du? Eine 100%ige Standpauke in Sachen Neoliberalismus (Vertrauen verspielt), Atomkraftnutzung („promethische Anmaßung“) und Kanzlerinnendämmerung (AKW-Verlängerung war „kardinaler Fehler“). Zum Abschluss der 70 Minuten dann noch ein längerer Werbeblock für eine Attac-Mitgliedschaft. Wirkte ein bisschen wie ein vertauschtes Redemanuskript ... ein Signal in Richtung Grüne war's sicherlich und bürger-nah wirkte es auch, aber ob das Ganze CDU-nah ist, erscheint uns eher offen. Voller Zweifel, Deine Red.

MEIN BLICK AUF BERLIN

Sarrazin und die Störche

Von Sadik Tastan, Wedding

Wussten Sie, dass es statistisch belegbar ist, dass der Storch die Babys bringt? Der empirische Beweis: Auf dem Land gibt es mehr Störche und die Geburtenrate ist im Durchschnitt höher. Das hat mit Störchen wenig, aber viel mit einer sogenannten Scheinkorrelation zu tun.

Empirisch ist auch nachzuweisen, dass Menschen mit kleinen Füßen überdurchschnittlich viele Babys bekommen. Viel Schein, wenig Korrelation: Frauen haben durchschnittlich kleinere Füße als Männer und bekommen unabhängig von ihrer Schuhgröße deutlich mehr Babys als Männer ...

Mit Statistik lässt sich vermeintlich alles belegen. Daher ist Obacht vor Populisten geboten, die sie manipulierend wiedergeben. Sarrazin, der sich als Experte der Integration ansieht, berücksichtigt nicht die wichtigsten Studien zu diesem Thema. Er unterschlägt konsequent Zahlen, die für „muslimische“ MigrantInnen sprechen.

Sarrazins Behauptung: MigrantInnen möchten mit Deutschen nichts zu tun haben. Falsch! Nur 3,5% der MigrantInnen (6,1% der Türken, 1,6% der Polen) wollen keinen Kontakt zur deutschen Mehrheitsgesellschaft.



Sarrazin: Probleme vererben sich. Belege seien Bildungsabschlüsse. Falsch! Für Menschen mit türkischem Migrationshintergrund lässt sich ein überproportionaler Anstieg der Bildungsabschlüsse über die Generationenfolge hinweg feststellen.

Sarrazin: Die Kriminalitätsrate hänge von Ethnie und Religion ab. Falsch! Straftaten zu begehen, hängt nicht von solcher Scheinkorrelation ab, sondern von sozio-strukturellen Faktoren (Bildung, Einkommen usw.). Bei gleichen sozio-strukturellen Gegebenheiten begehen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund annähernd gleich viel Straftaten.

Sarrazin kann mit Scheinkorrelationen nicht umgehen. Für ihn bringt der Storch die Babys.

WAS IST LOS IN BERLIN?

27. Mai bis 4. Juni: Theatertreffen der Jugend +++ 28. Mai: Lange Nacht der Wissenschaften 2011 +++ 01. bis 05. Juni: International Design Festival +++ 3. bis 5. Juni: Emergeandsee media arts festival in der Böttzow-Brauerei +++ 8. Juni: 1. Lange Nacht der Bibliotheken +++ 10. - 13. Juni: Karneval der Kulturen +++ 12. Juni: 6. Sky Run Berlin, Treppenlauf über 39 Stockwerke im Hotel Park Inn Berlin-Alexanderplatz +++ 17. bis 19. Juni: 48h Neukölln mit zahlreichen Kulturveranstaltungen +++ 18. bis 19. Juni: Lesbisch-Schwules Stadtfest Berlin am Nollendorfplatz +++

IMPRESSUM

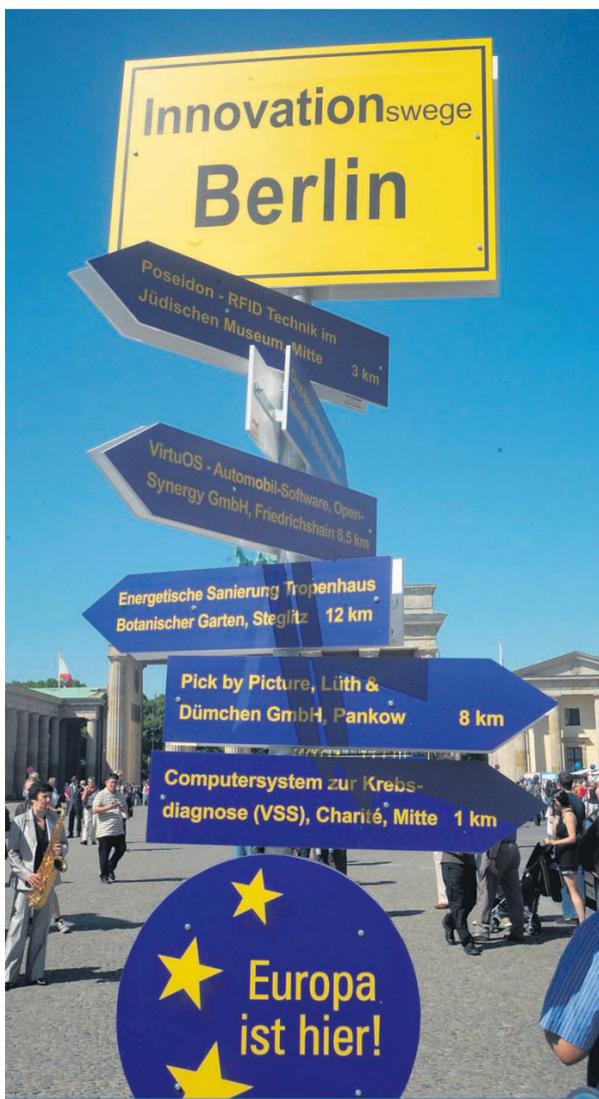
Herausgeber: Rüdiger Scholz, SPD Landesverband Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Chefredakteur: Mark Rackles (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Daniela Augenstein, Ulrich Horb, Gunter Lange, Dieter Pienkny, Ulrich Rosenbaum
Autoren: Horst Bosetzky, Siegfried Heimann
Bezirksredaktion: Ulrike Dehmel, Julian Zado (Mitte), Burkhart Hawemann (Friedrichshain-Kreuzberg), Wolf Witte (Pankow), Robert Drewnicki (Charlottenburg-Wilmersdorf), Ulrike Sommer (Spandau), Anne-Kathrin Helmstorf, Hans Kegel (Tempelhof-Schöneberg), Ruppert Stüwe (Steglitz-Zehlendorf), Stefan Aust (Neukölln), Ralf Thies (Treptow-Köpenick), Dmitri Geidel, Enrico Stoelzel (Marzahn-Hellersdorf), Henning Fahrenberg, Peter Müller (Lichtenberg), Gilbert Collé (Reinickendorf)
Redaktionsassistent: Teodora Gionova-Busch
 Anschrift: Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Mail: info@berliner-stadtblatt.de, Internet: www.berliner-stadtblatt.de
Gestaltung: Projektdesign Berlin
Organisation: NetworkMedia GmbH
Anzeigen: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Mail: anzeigen@vorwaerts.de
Druck: Henke Pressdruck GmbH & Co. KG

Wo Neues entsteht

Der Zukunftsstandort Berlin: Baustelle für neue Arbeitsplätze

Wo noch vor 100 Jahren an Flugzeugen geschraubt wurde, ist inzwischen Berlins Vorzeigestandort für Zukunftstechnologien entstanden. Die Rede ist von Adlershof. Dort hat sich seit den 90er-Jahren ein Unternehmen nach dem anderen angesiedelt. Ein Wissenschafts- und Technologiepark ist entstanden, der seinesgleichen sucht. 800 Unternehmen mit 1 bis 85 Beschäftigten sind in Adlershof beheimatet und geben starke Impulse hinein in die Berliner Wirtschaft. Diese kann sich vor Ideen und Perspektiven derzeit kaum retten. Am Humboldthafen entstehen demnächst in einem Bürokomplex bis zu 1100 neue Arbeitsplätze. Eine ebenso große Erfolgsgeschichte wird in Buch geschrieben. Auf dem dortigen Wissenschafts-, Gesundheits- und Biotechnologiepark arbeiten in etwa 50 Unternehmen rund 2200 Mitarbeiter.

Was in Adlershof und Buch bereits gelungen ist, soll auch im Wedding auf dem früheren Gelände von Bayer-Schering entstehen. Dort ist ein neuer Pharma-Campus geplant. Zusammen mit dem Entwicklungsgebiet Europacity entlang der Heidestraße entsteht so ein



rund 70 Hektar großes innerstädtisches Wohn-, Dienstleistungs- und Industrieareal, in dem gut 10.000 Menschen arbeiten und noch einmal so viele wohnen werden. Insgesamt sollen mehr als drei Milliarden Euro in die neue Mitte investiert werden.

Große Ziele gibt es für die beiden Flughäfen Tegel und Tempelhof. Auf dem Gelände in Tegel soll ein Forschungs- und Industriepark Zukunftstechnologie entstehen. Auf 220 Hektar sind nachhaltige und zukunftsorientierte Industrien geplant, im Randbereich sollen Flächen für Wohnen und Gewerbe ausgewiesen werden. Auch das Tempelhofer Feld, das nun seit einem Jahr besteht, wird auf die Ansiedlung von Wohnen und Gewerbe setzen. Besonders Markenzeichen des traditionsreichen Geländes wird aber sein, dass Klimaschutz, erneuerbare Energien und ökologisches Bauen verzahnt werden. Berlin ist damit insgesamt der Zukunftsstandort der kommenden Jahrzehnte für neue Technologien und tausende neue Arbeitsplätze. Und auch der neue Willy-Brandt-Flughafen wird Jobs schaffen: Experten sprechen von bis zu 40.000.

Mehr als Gemüse

Berliner Wirtschaft: international und erfolgreich



Türkischstämmiger Optiker in Kreuzberg: Stärkung der Berliner Wirtschaft. Foto: Paul Glaser

Wer hat die Nase vorn beim Gründen neuer Firmen? Polen oder Türken? Die Statistiken geben keine klare Auskunft. Wichtig bleibt: Die ethnische Ökonomie boomt seit Beginn der 90er Jahre, so die jüngste Studie der IHK. Berlins Wirtschaft werde internationaler, das stärke die Metropole als internationaler Wirtschaftsstandort, heißt es. Also Imagegewinn sowie neue Jobs und mehr Steuereinnahmen! Die IHK sieht übrigens die polnischen Unternehmen vorn.

An den in Berlin gemeldeten Gewerben machen ausländische Unternehmen mittlerweile 12,4 Prozent aus, das sind 32.373 Firmen. Und sie sind mitnichten alle Gemüsehändler. Laut Handwerkskammer Berlin tummeln sich nichtdeutsche Firmen in 80 verschiede-

nen Gewerken, vom Fliesenleger über den Schneider bis zum Maler. Mehr als 10 Prozent der Firmen sind im produzierenden Gewerbe angesiedelt. Laut Türkisch-Deutscher Unternehmervereinigung (TDU) erwirtschaften allein die Betriebe unter ihrem Dach 3,5 Mrd. Euro pro Jahr und schaffen rd. 30.000 Jobs sowie zahlreiche Ausbildungsplätze in der Hauptstadt. „Wir sind fester Bestandteil der Berliner Wirtschaft“, freut sich deshalb Serdar Yilmaz, stellv. Vorsitzender der TDU. Die ethnische Ökonomie weist hohe Wettbewerbsbereitschaft und Arbeitsintensität auf, die Unternehmen befinden sich vorwiegend in Familienbesitz. Wirtschaftswissenschaftler betonen die Vorbildfunktion: Die Unternehmen geben ein Signal an die Migranten, sich hier zu engagieren.

Hits aus Berlin

Jobs zwischen Tradition und Innovation



Das zweimillionste Motorrad von BMW läuft vom Band: Klaus Wowereit und Hendrik von Kuenheim, Leiter der gesamten Motorrad-Produktion. Foto: Paul Glaser

Eine moderne, boomende Metropole – das ist Berlin in den vergangenen Jahren geworden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bescheinigte der Stadt im letzten Herbst: Die Wirtschaft wächst so schnell wie in keinem anderen Bundesland.

Dazu beigetragen haben unternehmensnahe Dienstleistungen, der Tourismus mit neuen Besucherrekorden, die

Gesundheitswirtschaft. Aber auch ein neues Verständnis für Industrie. „Die Berliner Industrie ist innovativ und hat unter anderem durch die räumliche Nähe zu hervorragenden Forschungseinrichtungen große Zukunftschancen“, sagt der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Und IHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer bestärkt: „Die Berliner Industrie hat einige Produkt-Hits auf den

Weltmärkten gelandet.“ Neue Umwelttechnologien und Elektroautos – das entwickelt sich gerade. Es gibt aber auch längere Erfolgsgeschichten. Als im Spandauer BMW Werk im Mai das zweimillionste Motorrad vom Band lief, war der Regierende Bürgermeister dabei: „BMW und Berlin sind gemeinsam durch dick und dünn gegangen, wir werden das auch weiterhin erfolgreich tun.“

Nur Tage zuvor war er im Neuköllner Werk von Kraft Foods. Das Berliner Werk ist einer der größten Lieferanten für den deutschen Kaffeemarkt, 230 Berlinerinnen und Berliner sind dort beschäftigt. Das Unternehmen produziert mit moderner Technologie, legt aber auch großen Wert auf Nachhaltigkeit. Und Nachhaltigkeit ist überall gefragt – auch bei der Schaffung neuer Jobs.

Eigene Talente

BASF: Mehr Ausbildung dank Betriebsrat

Nicht nur das Erdöl wird knapp im Industrieland Deutschland. Auch mit dem Rohstoff „Bildung“ muss sorgfältiger umgegangen werden. Der Fachkräftemangel droht zur Wachstumsbremse zu werden. Grund genug für den Senat, in seinem „Masterplan Industrie Berlin“ den Finger in die Wunde zu legen und kleine Unternehmen zu ermutigen, mehr in Aus- und Weiterbildung zu investieren. „Der Fachkräftemangel ist zum Teil hausgemacht“, glaubt Ida Schönherr, Betriebsratsvorsitzende bei BASF Services Europa GmbH, einem Dienstleister (von der Gehaltsabrechnung bis zum Sicherheitsschuh), der auf dem internationalen Parkett zuhause ist. Die Wirtschaftskammern hätten die Messlatte für Azubis mittlerweile sehr hoch gelegt.

BASF (1100 Beschäftigte, zwei Drittel davon Frauen) ging den eigenen Weg. In einem mühevollen Verhandlungsmarathon haben Betriebsrat und Geschäftsleitung erreicht, dass mehr Jugendliche ausgebildet werden (20 pro Jahrgang), die

Quote soll bis auf acht Prozent der Beschäftigten gesteigert werden. 50 Ausbildungsbetreuer kümmern sich um die Jugendlichen. Nach der Ausbildung erfolgt die Übernahme für wenigstens ein Jahr als Büro- oder Industriekaufmann. Auch die Betriebsrätin klagt über das schwächer gewordene Bildungsniveau bei Jugendlichen, aber: Es gelte, Talente und Begabungen zu entdecken und zu fördern. Dazu gehört Mehrsprachigkeit, da der Konzern international agiert.

Ähnlich sieht Ida Schönherr die Herausforderungen bei der Weiterbildung. Wenn die SAP-Software anspruchsvoller werde, müssten sich auch die Beschäftigten weiter qualifizieren. Statt Experten einzukaufen, setze man auf den eigenen Nachwuchs. Darin drücke sich Wertschätzung aus und Motivation könne sich mehr entfalten. Engagement müsse aber auch entsprechend entlohnt werden, so Ida Schönherr: „Wir haben in der Wirtschaftskrise verzichtet, jetzt wollen wir unseren Anteil vom Kuchen. Das ist nur gerecht.“

Stolpern über die Vergangenheit

Erinnerung an Nazi-Opfer wachgehalten

In der Charlottenburger Giesebrechtstraße, 355 Meter lang zwischen Mommsenstraße und Kurfürstendamm, ist das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen gegen Berliner Juden jetzt optisch sichtbar. Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, verlegte der in Berlin geborene Projektkünstler Gunter Demnig 84 Stolpersteine vor den einstigen Wohnhäusern deportierter und ermordeter Juden.

32 waren schon früher in die Gehwege eingelassen worden, sodass nun 116 Stolpersteine an das Schicksal der Verfolgten erinnern und mahnen: Kein Rechtsextremismus, kein Rassismus, kein Antisemitismus! Die Vorsitzende der Jüdischen

Gemeinde zu Berlin, Lala Süsskind, und der Gesandte der Botschaft Israels, Emmanuel Nahshon, sprachen zum Gedenken an die Opfer aus der Giesebrechtstraße.

Die Stolpersteine (einer kostet 95 Euro) waren auf Initiative des Rechtsanwalts und Kunstmäzens Peter Rau von den Bewohnern der Straße gestiftet worden. Rau: „Eine großartige nachbarschaftliche Gemeinschaftsaktion gegen das Vergessen.“

In ganz Berlin gibt es aktuell etwa 3.000 Stolpersteine. Die schon verlegten werden in vielen Bezirken von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern regelmäßig geputzt und gepflegt, damit sie weiter Wirkung zeigen.



Sie beteiligten sich im Mai am Putzen der Stolpersteine: Schriftstellerin Inge Deutschkron, Kulturstaatssekretär André Schmitz, Franziska Becker und Frank Jahnke.



Stark ohne Gewalt: Spandauer Jugendliche gehen mit der Polizei auf Streife, um Gewalt in Bussen und Bahnen zu verhindern. Foto: Zumal

Nachts auf Streife

Jugendprojekt „Stark ohne Gewalt“ fährt mit der Bahn

Als Antwort auf die Gewalttaten in den Berliner U-Bahnen geht das Spandauer Präventionsprojekt „Stark ohne Gewalt“ verstärkt auf Tour: Jugendliche und Polizisten aus Spandau und Charlottenburg-Willmersdorf fahren ab Juni in den U-Bahnen mit, sprechen mit jungen Leuten, werben für Gewaltfreiheit und klären über das Verhalten in brenzligen Situationen auf.

„Wir haben das mit der BVG abgesprochen. Jede Streife wird von Polizisten begleitet, das ist selbstverständlich“, sagte der Mitgründer des Projekts, der

SPD-Abgeordnete Raed Saleh aus Spandau. „Wir machen das ja in den Bussen schon seit über zwei Jahren und haben sehr gute Erfahrungen gemacht“, fügte er hinzu.

Saleh weiß: „Gewalt fängt beim Scheibenkratzen an und hört beim so genannten ‚Busfahrer-Klatschen‘ nicht auf. Wir sprechen das alles offen an und versuchen, die jungen Leute für ein Leben ohne Gewalt zu gewinnen.“

Die jungen Männer und Frauen, die selbst geschult werden, bevor sie auf die Streifen mitgenommen werden, sind

gute Vorbilder und haben einen viel besseren Zugang zu ihren Altersgenossen als Erwachsene. Sie verteilen Flyer, werben mit Musik und arbeiten immerhin schon seit fünf Jahren in Spandau. In dieser Zeit haben sie dazu beitragen können, dass sich die Gewaltspirale nicht ständig weiter dreht.

Die Polizeidirektion 2 hat die Zusammenarbeit inzwischen auf das gesamte Gebiet der beiden Bezirke Spandau und Charlottenburg-Willmersdorf ausgeweitet. Saleh: „Nachahmung ist erwünscht.“

MELDUNGEN

SCHULANMELDUNG

Die befürchteten Probleme bei der Anmeldung zur Oberschule sind ausgeblieben. Obwohl diesmal mehr Schüler von der Grundschule zu den Gymnasien und den Sekundarschulen wechselten als in den Vorjahren, gab es deutlich weniger Widersprüche gegen Ablehnungsbescheide, so Bildungsminister Jürgen Zöllner. Bis Anfang Juni werden zudem rund 500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. Viele Bewerbungen kommen aus anderen Bundesländern. Insgesamt werden in diesem Jahr 1200 Vollzeitstellen neu besetzt.

TEMPELHOF: BELIEBTE FREIHEIT

Die Tempelhofer Freiheit wird von den Berlinerinnen und Berlinern gut angenommen.



Über 1,5 Millionen Menschen haben die große Freifläche des ehemaligen Flughafens Tempelhof im vergangenen Jahr besucht. Das Areal ist seit dem 8. Mai 2010 wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Ob spazieren gehen, walken, joggen, radeln, skaten oder einfach nur auf der grünen Wiese liegen -- die Erholungsmöglichkeiten sind vielfältig. Die entstehende Parklandschaft soll auch in Zukunft viele Nutzungsmöglichkeiten bieten.

BLICK NACH RECHTS

Die selbst ernannte Bürgerbewegung „pro Berlin“ braucht noch 8500 Unterstützungsunterschriften, wenn sie am 18. September zu Wahl antreten will. Der aus dem Rheinland importierte Spitzenkandidat Manfred Rouhs hat Anfang April sein Mandat im Kölner Stadtrat aufgegeben. Zur Unterstützung der dortigen Freunde von der „Pro Bewegung“ ist „pro Berlin“ am 7. Mai zum „Marsch für die Freiheit“ an den Rhein gereist - doch das „freiheitliche Großereignis“ der

Rechtspopulisten erwies sich mit wenigen hundert Teilnehmern und tausenden Gegendemonstranten als Reinfall.

Rechtspopulismus sehen auch Teile der NPD als aussichtsreiches Rezept zum Stimmenfang. Die Nominierung des Unternehmensberaters Hans-Ulrich Pieper, Organisator der „Diensttagsgespräche“, als Kandidat für das Abgeordnetenhaus, ist als Versuch der Neonazi-Partei zu deuten, sich konservativen Strömungen zu öff-

nen. Andererseits ist die Berliner NPD eng mit dem Neonazi-Netzwerk „Freie Kräfte“ verbandelt. Drei maßgebliche Köpfe der militanten „Autonomen Nationalisten“ gehören dem Landesvorstand an. NPD-Landesvize Sebastian Schmidtke, Bindeglied zwischen NPD und „Freien Kräften“, kandidiert für die BVV Treptow-Köpenick.

Zusammengestellt vom Informationsdienst gegen Rechtsextremismus „Blick nach rechts“ www.bnr.de

Sperrstunde beim Zocken

Neues Gesetz bremst den Spielhallen-Boom aus

Eine Bereicherung für die Stadt sind die bunten Glasfronten nicht. Und die Hoffnung der Spielhallen-Besucher, sich selbst bereichern zu können, geht auch nur selten auf. Jetzt soll ein Gesetz die Spielhallenflut in der Stadt eindämmen.

2005 gab es 297 Spielhallen und 5882 Geldspielautomaten in Berlin. Letztes Jahr waren es schon 11.472 Geräte, verteilt auf 523 Hallen und etliche Gaststätten. Mehr als 400.000

Euro spielen die Automaten jeden Tag in Berlin ein.

„Wir wollen die Glücksspielsucht zurückdrängen, den Jugend- und Spielerschutz stärken und eine Verödung der Stadt verhindern“, sagt der Spandauer SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz.

Deshalb begrenzt das neue Gesetz zum Beispiel die Öffnungszeiten: Statt einer Stunde müssen Spielhallen nun acht Stunden (von 3 bis 11 Uhr morgens) schließen. Ein Min-

destabstand von 500 Metern zur nächsten Spielhalle muss eingehalten werden, es gibt Abstandsregelungen zu Kinder- und Jugendeinrichtungen.

„Spielhallenbetreiber müssen Sachkunde nachweisen, die Beschäftigten müssen Schulungen zur Suchtprävention mitmachen“, sagt Buchholz. Damit soll den geschätzten 37.000 Spielsüchtigen in der Stadt geholfen werden. Berlin ist das erste Bundesland mit einem solchen Gesetz.

Der Müll und die Stadt

Mehr Recycling, weniger Betriebskosten



In Berlin ist eine einheitliche Wertstofftonne geplant.

Kostenlos für Mieter und Hausbesitzer soll sie sein, die neue „Wertstofftonne“. Neben Verpackungen mit dem ‚Grünen Punkt‘ wird sie künftig auch alle anderen Plastikabfälle, kleine Elektrogeräte, Metalle und sonstige verwertbare Stoffe aufnehmen. „Der ganz überwiegende Teil dieser Abfälle soll dem Recycling zugeführt werden. Das spart Ressourcen, schont das Klima und ist zudem kostengünstig“,

sagt SPD-Fraktionspressesprecher Thorsten Metter.

Seine Fraktion will mit einem neuen Abfallkonzept den Streit um den verwertbaren Müll beenden. Statt zweier konkurrierender Systeme soll es eins geben. Metter glaubt an eine vernünftige Einigung: „Verpackungsabfall bei den Privaten, alle anderen Wertstoffabfälle der privaten Haushalte gehören zum kommunalen Entsorger, also der BSR.“

STUDIENPLÄTZE

Aufatmen bei Schulabgängern: Die Zahl der Plätze für Studienanfänger an den Berliner Hochschulen wird bis 2012 auf 31.500 erhöht. 2006 waren es noch 19.000 Plätze. Der Berliner Senat reagiert damit auf den Wegfall der Wehrpflicht, der die Nachfrage an den Hochschulen erhöhen wird. Allein aus Berlin wird mit 1.500 zusätzlichen Abiturienten gerechnet, die statt des Wehr- oder Zivildienstes sofort ein Studium aufnehmen wollen. Dafür hat das Land Berlin acht Millionen Euro zur Verfügung gestellt - zusätzlich zu den bereits eingeplanten 62 Millionen Euro zur Schaffung neuer Studienplätze.

HILFE FÜR LÄDEN

Berlins Geschäfte sollen durch Baustellen nicht in wirtschaftliche Not geraten. Bereits jetzt gibt es für Gewerbetreibende finanzielle Hilfen, die aufgrund von Baumaßnahmen des Landes Einnahmeausfälle haben. Dieses Sonderprogramm soll nun auch auf Baumaßnahmen erweitert werden, die nicht direkt vom Land, sondern von der BSR, der BVG oder den Wasserbetrieben durchgeführt werden.

Raus aufs Land – rein in die Stadt

Landwirtschaft in der Stadt wird immer beliebter. Berlin ist auch hier Schrittmacher

Nur keine Scheu: Einfach aus der U-Bahn raus und rein durchs Gartentor. Es gibt auch Kaffee und Kuchen. Und viel Grün. An einem der wichtigsten Plätze Kreuzbergs, dem Moritzplatz, darf man gerne ins Staunen kommen. Wo bis zu einer Bombennacht im Zweiten Weltkrieg ein Wertheim-Kaufhaus stand, grünt und blüht es, seit 2009 zwei junge Menschen das ungenutzte Tortenstück des Runds in Beschlag nahmen. Robert Shaw und Marco Clausen hatten sich ein wenig in der Welt umgeschaut und waren in so unterschiedlichen Hauptstädten wie Havanna und New York auf das gleiche Phänomen gestoßen: „Urban Farming“ – Gemeinschafts-Nutzgärten mitten in der Stadt. Und das wollten sie nun auch in Berlin machen.

„Prinzessinnengärten“ nannten sie das Projekt an der Ecke zur Prinzenstraße. Oder auch „Nomadisch grün“. Denn dass sie hier nicht auf unbegrenzte Zeit sesshaft werden konnten, war den beiden gleich klar, als



Oase in der Innenstadt: die Prinzessinnengärten am Moritzplatz.

Foto: Ulrich Horb

ihnen mit Hilfe des Bezirksamts das Gelände zur Verfügung gestellt wurde. Von einem Jahr auf das andere könnte ein Investor kommen und dort wieder bauen. Wie bei Nomaden sollte deshalb der Gemüsegarten

jederzeit zu neuen Standorten aufbrechen können. Die Lösung: Gebrauchte Brotkisten vom „Märkischen Landbrot“, gefüllt mit Erde vom „Erdenwerk“ aus Falkensee. Sozusagen transportable Hochbeete. Und

alles gespendet. Die beiden bleiben nicht lange allein. Schnell gesellten sich jüngere und auch ältere Menschen aus dem Multi-Kulti-Kiez hinzu, packten mit an, und es meldeten sich auch diejenigen, die das

Projekt finanziell unterstützen wollten und Beet-Patenschaften übernahmen. Entstanden ist ein richtiges kleines Paradies, versteckt darin Container für die Bewirtung mit Getränken und Imbiss. In den Brotkisten

wachsen Salatköpfe, Kräuter und Wurzelgemüse. Alles „bio“ übrigens. Eine ältere Russin aus dem Kiez kam eines Tages mit einer ganzen Sammlung alter Tomatensorten. Seither werden sie dort ausgesät. Im letzten Winter gab es erstmals auch ein Winterquartier für empfindliche Pflanzen in der Eisenbahnhalle.

Robert, Marco und ihr Team sind mittlerweile weit vernetzt mit anderen Garten-Initiativen, die vielleicht weniger Aufmerksamkeit erregen aber umso wichtiger sind, weil es hier um Integrationsarbeit geht. Zum Beispiel beim Interkulturellen Garten „Rosa Rose“ an der Kinzigstraße, der bereits seit 2004 ein Erfolgsmodell für nachbarschaftliches Gärtnern ist. 15 solcher Gärten gibt es derzeit in Berlin, hinzu kommen drei Generationengärten. Und so müssen Kenner mittlerweile nicht mehr nur nach Amerika oder Kuba fahren, sondern können auch in der Spreemetropole erleben, was „Urban Farming“ bedeutet.

Auf Willy Brandts Spuren

Das Berliner Stadtblatt vor 60 Jahren



Seit der Währungsreform waren alle Berliner Zeitungen, vor allem aber auch das SPD-Parteiorgan Der Sozialdemokrat in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Pressekommission beim SPD-Landesvorstand schlug deshalb Ende 1949 vor, Willy Brandt als neuen Chefredakteur zu berufen. Er sollte die Zeitung aktueller und interessanter gestalten. Der neu berufene Chefredakteur schlug eine Titelergänzung vor: Berliner Sozialdemokrat, daraus wurde Anfang 1950 der Name Berliner Stadtblatt.

Der neue Name stand für die Absicht, für die Tageszeitung neue Leser auch aus dem Kreis von Nicht-Sozialdemokraten zu gewinnen. Brandt beurteilte den Erfolg seiner Arbeit skeptisch. Die Skepsis war nur allzu berechtigt. Die Berliner Wirtschaftskrise nach dem Ende der

Blockade war zu groß gewesen. Lediglich 3 500 Abonnenten waren nicht genug. Der Versuch, neue Leser in der ganzen Stadt zu gewinnen, war misslungen. Die Berliner SPD beschloss im Juni 1951, statt einer Tageszeitung nunmehr eine Wochenzeitung herauszugeben. Im Oktober 1951 erschien erstmals die „Berliner Stimme“. Der Name „Berliner Stadtblatt“ aber war nicht vergessen. Im November 1989 war der Ostberliner Bezirksverband der SDP gegründet worden. Mit tatkräftiger Hilfe der Westberliner Genossinnen und Genossen gab dieser das „Berliner Stadtblatt“ heraus. Bis zur Vereinigung mit der „Berliner Stimme“ erschienen von Januar bis April 1990 neun Ausgaben mit einer Auflage von bis zu 100.000 Exemplaren, auch damals übrigens kostenlos verteilt.

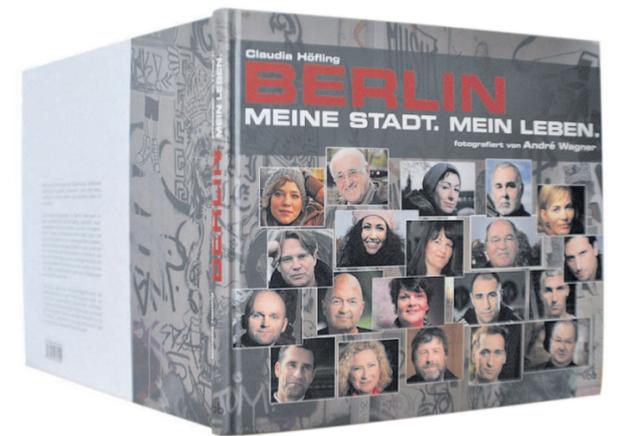
Berlin – ein bunt gefüllter Topf

Wenn Heinz Buschkowsky das Rindvieh bei den Hörnern packt und Florian Martens Pferde anfeuert

Berlin ist wie ein bunt gefüllter Topf an Möglichkeiten, für Jung und Alt!“ sagt Kabarettistin Gabi Decker. Und Tatort-Schauspieler Oliver Mommsen meint: „Dass es in eigentlich eher unspannigen Land wie Deutschland so eine spontane und verrückte Stadt wie Berlin gibt, ist ein Gottesgeschenk.“

„Berlin ist die Metropole der Gegensätze, Weltstadt und Provinz zugleich, unbequem, frech und bissig, rastlos und immer wieder überraschend“, verspricht der Klappentext von „Berlin – Meine Stadt. Mein Leben.“ Das Buch selbst kommt aber recht ordentlich einher: Zwanzig Porträts, alphabetisch

sortiert, mit schönen Fotos von Lieblingsorten Prominenter. Bei Bread&Butter-Chef Karl-Heinz Müller ist es wenig überraschend der Flughafen Tempelhof, auf dem seine Modemesse stattfindet, bei Handballer Stefan Kretzschmar das Sportforum Hohenschönhausen, bei Alfred Bielek der Kollwitzmarkt. Fotograf André Wagner findet auch bei den bekanntesten Berliner Motiven eine eigene Sichtweise. Und die Porträtierten spielen mit – wenn Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky im Gutesensemble Britz das Rindvieh bei den Hörnern packt oder Schauspieler Florian Martens voller Span-



nung auf die – wenn auch leere – Rennbahn von Hoppegarten starrt. Und nach dem Blättern weiß man: Berlin ist einfach schöner als viele glauben.

BERLIN. Meine Stadt. Mein Leben. Von Claudia Höfling (Text), André Wagner (Fotos), Verlag für Berlin-Brandenburg, EUR 24,90, ISBN-10: 9783942476102

80 Jahre in Eintracht

Beim BSC Eintracht Südring steht die Jugend im Vordergrund

Futsal war die Nummer elf. Seit einem Jahr bietet der BSC Eintracht Südring neben zehn klassischen Sportarten wie Volleyball, Tischtennis und Badminton auch diese Hallenvariante des Fußballs an.

„Und wir sind drauf und dran, in diesem Bereich der mitgliederstärkste Club in Berlin zu werden“, sagt der Vorsitzende Gerhard Worm. Größter Sportverein in Friedrichshain-Kreuzberg ist er mit rund 1100 Mitgliedern bereits.

Als sich am 28. Juni 1931



Einträchtig: Der Vereinsvorstand des BSC Eintracht Südring.

rund 40 Turner und Handballer in der Gaststätte „Absti“ am Marheinekeplatz trafen, war damit nicht zu rechnen. Sie gründeten die „Freie Sport-Vereinigung Fichte (FSF). Nach dem zweiten Weltkrieg ging hieraus der heutige Verein hervor. Seit 1953 ist der Sportplatz an der Gneisenastraße sein Zuhause, benannt nach Willi Boos, der den Verein einst gründete und ihm 60 Jahre vorstand.

Unter Boos' Nachfolger Gerhard Worm erreichte der BSC Eintracht Südring den bisher

größten sportlichen Erfolg: 1999 errang die Badminton-Mannschaft den Sieg im Europa-Cup. Doch ist die Eintracht vor allem ein Amateurverein. „Alle Funktionäre arbeiten ehrenamtlich“, betont Worm. „Bei uns steht die Jugend im Vordergrund.“ Fast die Hälfte der Mitglieder sind Kinder und Jugendliche. Der Anteil der Mitglieder mit Migrationshintergrund beträgt 45 Prozent. Gerhard Worm: „Wir haben unsere Mitglieder noch nie gefragt, woher sie kommen.“



Vom Atomstrom zur Windenergie: So weit ist der Weg gar nicht. Das zeigt zumindest das Windrad neben dem AKW Brunsbüttel.

Foto: Paul Glaser

Kein Atomstrom mehr?

So kann man wechseln: In einfachen Schritten zum Wunsch-Anbieter

Die Atom-Katastrophe von Fukushima hat einen bisher noch nie gekannten Ansturm auf Ökostrom ausgelöst. Hunderttausende wollen nicht mehr, dass sie mit ihrem Stromtarif Kernkraftwerke finanzieren. Grundsätzlich ist der Wechsel des Stromlieferanten kinderleicht, und teurer muss es hinterher auch nicht sein. Und das sollte man beachten, um den Wechsel gut vorzubereiten:

- Geht es nur darum, keinen Atomstrom mehr im Mix zu haben, aber trotz aller Klimaprobleme heimische fossile Brennstoffe wie Braun-

kohle aus der Lausitz zu unterstützen und gleichzeitig etwas für die Energieeffizienz zu tun, kann der Berliner bei Vattenfall bleiben und zum Tarif „Berlin Klassik“ wechseln. Hier kommt der Strom aus Kraftwerken, die zugleich Fernwärme erzeugen.

- Möchte man „grünen Strom“ (aus regenerativen Energien) egal von wem haben, so gibt es auch den bei Vattenfall. Aber man muss wissen, dass man einen Versorger mitfinanziert, der zwei – wenn auch derzeit vom Netz genommene – Atommeiler

in Norddeutschland und sieben in Schweden betreibt.

- Viele Stromhandelsunternehmen offerieren „Ökostrom“, verschweigen aber, dass dieser Strom oft nur durch an der Börse gehandelte Zertifikate, meist aus Norwegen, „grün gewaschen“ ist. Außerdem sollte man aufpassen, dass nicht Vorkasse für ein Jahr verlangt wird – schon mancher Anbieter ist vorher Pleite gegangen.
- Wer zu einem der vier reinen Ökostrom-Anbieter – Greenpeace Energy, Naturstrom, Lichtblick und

Elektrizitätswerke Schönau – wechselt, geht auf Nummer sicher. Sie beziehen den Strom nicht nur aus Wasser- und Windkraft, Biomasse oder Sonnenenergie sondern investieren auch entsprechend.

Man sollte sich nicht an Ständen auf Plätzen und Märkten oder am Postschalter einen Wechsel aufschwätzen lassen, sondern erst einmal einen Preisvergleich vornehmen. Hier helfen unabhängige Internetportale. Einfach den Verbrauch vom letzten Jahr eintragen und Klick. Der neue Stromlieferant übernimmt die Abwicklung mit

dem bisherigen. Der Gebietsmonopolist – hier Vattenfall – muss den Strom zur Steckdose

schicken, auch wenn der neue Lieferant in Schwierigkeiten geraten sollte.

INFORMATIONEN ZUM ANBIETERWECHSEL

Auf mehreren **Internetseiten** kann man selbst den Preisvergleich machen: www.verivox.de, www.oekostrom-vergleich.com, www.oekostromanbieter.org oder www.stromauskunft.de.

Im gerade erschienenen **Ökotest** Heft (Mai 2011) werden Ökostromtarife verglichen. (www.oekotest.de)

Hier erreichen Sie die **Anbieter** von Ökostrom direkt:

www.greenpeace-energy.de
(Hotline 040 / 808 110-600)
www.naturstrom.de
(Kundenservice: 0211-7790)
www.lichtblick.de
(Hotline: 0180-2-660660)
www.ews-schoenau.de
(Hotline: 07673-888555)

MANCHMAL MUSS ES SCHNELL GEHEN

DIE WICHTIGSTEN NOTRUFNUMMERN

Polizei	110
Feuerwehr und Rettungsdienst	112
Hilfe in Not	
Ärztlicher Bereitschaftsdienst	(030) 310031
Giftnotruf	(030) 19240
Zahnärztlicher Notfalldienst	(030) 89004333
Zentraler Hebammenruf	(030) 2142771
Drogennotdienst	(030) 19237
Tierärztlicher Notdienst	(030) 83229000
Autoversicherer Zentralruf	0180-25
Stördienst Gas (GASAG)	(030) 78 72 72
Stördienst Wasser (BWB)	0800 292 75 87
Stördienst Strom (Vattenfall)	01802 11 25 25

Krisenhilfen

Berliner Krisendienst	(030) 39063-10 bis -90
Telefonseelsorge	0800-1110111
Kinder- und Jugendtelefon	0800-1110333
Elterntelefon	0800-1110550
Opferhilfe Weißer Ring	01803-343434

Sperren / Verlust

EC- / Maestro-Karten	01805-021021
Kreditkarten	116 116

Berliner Stadtblatt

Vorsicht: Baustelle

Die Engpässe im Berliner Nahverkehr in den kommenden Wochen

Die Sanierung der U- und S-Bahnstrecken in Berlin geht weiter. Bis zum 10. Juni verlängert wurden die Bauarbeiten auf der U5 (Alexanderplatz - Hönow), was zu längeren Fahrtzeiten zwischen Hellersdorf und Hönow führt. Fahrgäste müssen in den nächsten Wochen mit Einschränkungen auf der U-Bahnlinie 2, den S-Bahnlinien 46 und S8 und der Ringbahn rechnen. Anders als beim Ausfall der S-Bahnzüge kommen den Fahrgästen aber die Einschränkungen später zugute: mit sicheren Strecken und moderneren Bahnhöfen.

Bauschwerpunkte im S-Bahnnetz zu Pfingsten 2011 (10.06. bis 14.06.):

- Ringbahn: Schienenersatzverkehr zwischen Ostkreuz



Baustelle Ostkreuz: Auch hier gibt es über Pfingsten Einschränkungen. Foto: Ulrich Horb

und Schönhauser Allee in beiden Richtungen

- S46 und S8: Groß-Umbau mehrerer Weichen im Bahnhof Grünau: Schienenersatzverkehr zwischen Adlershof

und Grünau in beiden Richtungen

Bauschwerpunkte der BVG

- U2: zwischen Olympia-Station und Ruhleben Sper-

rung wegen Bauarbeiten in beiden Richtungen bis auf Weiteres. Es besteht Ersatzverkehr mit der verlängerten Buslinie 131.

- U2: zwischen U Gleisdreieck und U Wittenbergplatz Sperrung wegen Bauarbeiten in beiden Richtungen vom 09.05.2011 bis 11.11.2011. Die Züge fahren zwischen Pankow und Gleisdreieck sowie zwischen Ruhleben/Olympia-Station und Wittenbergplatz. Zwischen Potsdamer Platz und Gleisdreieck besteht nur eine Zugfolge von 10-Minuten, jeder zweite Zug im Tagesverkehr endet am Potsdamer Platz. Zwischen Gleisdreieck und Wittenbergplatz nutzen Sie bitte die Züge der Linie U1.

Zugluft

Unterwegs mit Horst Bosetzky

Ich hatte in meiner Bürozeit einmal einen Kollegen, der hieß Zietz, Timon Zietz, und immer wieder einmal, wenn er sich am Telefon mit „Hier Zietz“ meldete, kam der kostenlose Ratschlag: „Dann machen Sie doch das Fenster zu.“ So etwas kann ganz schön nerven. Nicht anders ist es mit dem Spielchen im Sommer in der S-Bahn. Neben mir sitzt eine Verehrerin und Max Frisch und Friedrich Luft und reißt das Fenster auf, weil sie glaubt im Mief ersticken zu müssen. Ich freue mich einerseits darüber, weil frische Luft eine gute Sache ist und auch ich gerade wegen Sauerstoffmangels am Kollabieren war, fürchte aber sofort, dass sich durch die kühle Zugluft mein drittes Ohr entzünden könnte, mein Mittelohr. So freue ich mich ein zweites Mal, als nun Roland Ruppig aufspringt, und das Fenster wieder



schließt. Dabei knallt es so laut, dass das etliche Fahrgäste für eine Explosion halten und zum Arzt eilen, um sich ihr Knalltrauma behandeln zu lassen. Ein paar Stationen weiter wiederholt sich alles: Fenster auf, Fenster zu, wenn auch mit anderen Akteuren. Manchmal bekriegen sich die Auf- und die Zu-Partei sehr heftig, zumin-

dest verbal, wobei die alte Berliner Geisteshaltung „Lieber warmer Mief als kalter Ozon“ eine nicht geringe Rolle spielt. Ich habe es bei solchen Kampfhandlungen immer schwer, weil ich eigentlich für beide Seiten bin und die Rechtslage auch nicht ganz geklärt ist. Jedenfalls ist das ganze meist recht amüsant und dient ja auch einer vergleichsweise harmlosen Aggressionsabfuhr, ich fürchte nur, dass es in den Berliner S- und U-Bahnzügen bald so sein wird wie bei ICE, wo sich die Fenster ja überhaupt nicht mehr öffnen lassen.

Horst Bosetzky, als Krimiautor -ky bekannt geworden, schreibt für das Berliner Stadtblatt Alltagsgeschichten aus dem Berliner Nahverkehr. Zuletzt erschien von ihm im Jaron-Verlag der Kriminalroman „Der Lustmörder“

So gesehen...

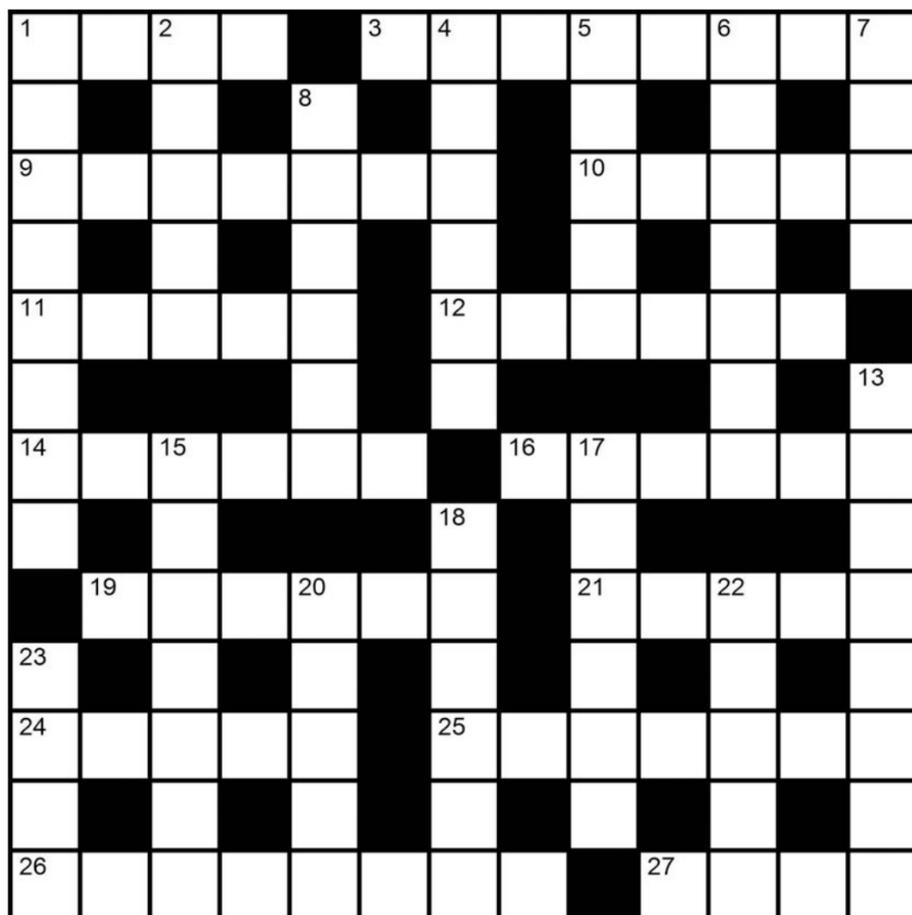
Erich Rauschenbach

Also für mich sind das ganz eindeutig nicht vier rechte Winkel, sondern zwei rechte und zwei linke.



Das Berlin-Rätsel im Mai

Testen Sie Ihr Wissen der Berliner Landespolitik. Lösung in der nächsten Ausgabe oder ab 15. Juni 2011 unter <http://www.berliner-stadtblatt.de>



WAAGERECHT

- 1 Kandidat Linkspartei (4)
- 3 Mode für Schwangere (8)
- 9 dauern (7)
- 10 ... ist menschlich! (5)
- 11 Hilft beim Beladen und Starten (5)
- 12 Zentraler Punkt in Wahlprogrammen (6)
- 14 Der Arzt spritze nicht, er ... (6)
- 16 Besonderer Bildschirm (6)
- 19 Ehemaliger Regierender Bürgermeister (6)
- 21 Binnenstaat in Asien (5)
- 24 Zu Rittern machen (5)
- 25 Vorsitzender SPD Berlin (7)
- 26 Grüner Mann (8)
- 27 Vogel, auch in Badewannen (4)

SENKRECHT

- 1 Ist im Amt und will es bleiben (8)
- 2 Streitpunkt beim BBI (5)
- 4 Kandidaten wollen es erringen (6)
- 5 Treibt uns alle um (5)
- 6 ... und Goldmund (7)
- 7 Center am Potsdamer Platz (4)
- 8 Die Kraehe ... (6)
- 13 Nimmt Stimmzettel auf (8)
- 15 Sollten am Wahltag möglichst viele sein (7)
- 17 Unter diesen liegt Berlins Boulevard (6)
- 18 Spielen in Politik und im Theater (6)
- 20 Hauptstadt Kambodschas (Teilwort) (5)
- 22 Nachbarland (5)
- 23 ... doch zur Hölle! (4)

Bilderrätsel: Wo steht dieses Haus?



„Stimmen, die man nicht hören kann aber sehen kann sie jeder MdB
 ‚Dem deutschen Volke‘ steht auf deren Haus von diesem hier ruft Volkes Stimme raus“
 Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen Einsendungen zum Bilderrätsel der Mai-Ausgabe einmal 2 Freikarten für eine Aufführung in der Komischen Oper sowie dreimal je ein Buch „Berlin. Meine Stadt. Mein Leben“. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2011 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße, 163, 13353 Berlin oder per Email: info@berliner-stadtblatt.de).



Wortsuche zur Landespolitik

Zwanzig Worte mit Bezug zur Politik, Wirtschaft und Wahlkampf sind in unserem Wortsuchrätsel zu finden. Markiert werden kann in alle Richtungen: vertikal, horizontal und diagonal. Zusätzlich lässt sich ein Begriff ein zweites Mal finden. Und es gibt einen Begriff, der in der Landespolitik nichts verloren hat. Welcher ist das?

Die richtige Lösung finden Sie ab 15. Juni auf der Internetseite www.berliner-stadtblatt.de

MELDUNGEN

FOTOAUSSTELLUNG

Im vergangenen Jahr rief die SPD Treptow-Köpenick zum Fotowettbewerb „Sommer im Bezirk“ auf. Treptow-Köpenicker fotografieren in ihrem Bezirk von Balkonien bis zum Müggelsee, von der Straßenszene bis zum Porträt, von der Landschaft bis zum Kinderbild, vom Wehmütigen bis zum Skurrilen - den Ideen waren keine Grenzen gesetzt. Eine Fachjury sichtet die Ein-



Foto: Michael Roggemann

sendungen - jetzt sind die Preisträger im Kreisbüro der SPD zu besichtigen. Öffnungszeit: Dienstag, 14 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung. Grünauer Straße 8 (Köllnische Vorstadt).

UFERBAHN

Der Kampf um die Sanierung und Sicherung der Straßenbahnlinie 68 von Köpenick nach Schmöckwitz geht weiter. Mit mehreren Anträgen hatte sich die SPD in der BVV dafür eingesetzt, dass die geplante Trassensanierung der Straßenbahn 68 im Bereich Grünau/Karolinenhof zügig erfolgt und Geld aus den gekürzten S-Bahn-Zuschüssen zur Verfügung gestellt wird. Viele SPD-Mitglieder waren bei der Menschenkette zum Erhalt der Uferbahn dabei, unter ihnen der Fraktionsvorsitzende in der BVV, Oli-



ver Igel, und der SPD-Abgeordnete Robert Schaddach. Die schönste Straßenbahnstrecke Berlins muss dringend saniert werden und soll auch künftig Naherholungssuchenden, Touristen und Anwohnern zur Verfügung stehen. Ein Bus ist aufgrund der Streckenführung keine Alternative.

JOBS SICHERN

Bundeswehr und zivile Wehrverwaltung stehen mit dem Wegfall der Wehrpflicht vor einem Umbruch. Betroffen wird davon auch Treptow-Köpenick sein. In der Oberspreestraße ist das Berliner Kreiswehersatzamt, in dem bisher die Wehrpflichtigen gemustert wurden. Mit dem Wegfall der Aufgabe könnten auch hunderte zivile Arbeitsplätze verloren gehen. Die SPD setzt sich daher in der BVV für einen Standorterhalt und neue Aufgaben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Oberspreestraße ein.

DGB-Chef Sommer in Adlershof

Fortsetzung von Seite 1

Wenn faire Bezahlung und gleiches Geld für gleiche Arbeit Grundsätze wären, wären prekäre Arbeit und „Aufstocker“ keine Themen. Davon sind wir aber weit entfernt. Leiharbeit wird weiterhin missbraucht für Dumpinglöhne.

Die Gewerkschaftslandschaft ist im Umbruch angesichts einer Tendenz hin zu Gewerkschaften für einzelne Berufsgruppen. Michael Sommer erinnerte aber daran, dass es seit Ende vergangenen Jahres auch eine neue Gewerkschaft, die EVG, gibt, in der zwei Verkehrsgewerkschaften fusioniert haben. Christliche Gewerkschaften spielten dagegen nur eine marginale Rolle.

Unterschiedliche Meinungen gab es hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisierung der

neuen Bundesländer nach der Wende. Gefragt nach Gewerkschaftsbemühungen in Anbetracht globalisierter und international agierender Unternehmen auch internationale Solidarität zu organisieren, schätzte Michael Sommer die internationale Ebene derzeit vielversprechender als die europäische ein.

So gibt es mittlerweile Anfänge von Kooperationen mit chinesischen Gewerkschaften und auch die Internationale Arbeitsorganisation ILO und der Internationale Gewerkschaftsverband seien auf einem guten Wege. Allerdings gibt es weiterhin kulturelle Eigenarten und unterschiedliche Auffassungen und Systeme, die eine Vernetzung global schwierig machen.



Das „Mahl der Arbeit“ - hier mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer - soll jährlich stattfinden. Foto: Ralf Thies

Mit Wolfgang Thierse unterwegs

„Leben und Arbeiten am Wasser“



„Leben und Arbeiten am Wasser“: Wolfgang Thierse beim Wahlkreisstag in Treptow-Köpenick. Foto: O. Igel

Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Bundestages und als SPD-Abgeordneter auch für Treptow-Köpenick zuständig, hat einen Wahlkreisstag im Bezirk organisiert. Begleitet wurde er vom Kandidaten für das Bezirksbürgermeisteramt, Oliver Igel, und dem Abgeordneten Robert Schaddach. Gemeinsam besuchten sie unter anderem

Hausbootnutzer am Treptower Hafen, besichtigten den Olympiastützpunkt in Grünau und sprachen mit der Wasserschutzpolizei in der Baum- schulenstraße. Eine Besichtigung des Bauhofes der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Grünau sowie ein Besuch des Leibniz Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) schlossen sich an.



Wichtiges Anliegen in Treptow-Köpenick: Der Schutz vor Fluglärm.

Foto: Oliver Igel

Schutz vor Fluglärm

Eine Bundesratsinitiative soll Belastungen verringern

Der Schutz vor Fluglärm soll künftig bei der Abwägung von Flugrouten im Luftverkehr Priorität erhalten. Eine entsprechende Bundesratsinitiative des SPD-geführten Bundeslandes Rheinland-Pfalz könnte auch auf den Flughafen BBI Auswirkungen haben.

Ziel ist eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes. Auf dieser Grundlage erarbeitet die Deutsche Flugsicherung (DFS) die An- und Abflugverfahren der Flughäfen. Derzeit besteht dabei keine Vorgabe, Lärmschutzinteressen der Bevölke-

rung zu berücksichtigen. Mit dem Gesetzesantrag soll künftig die Nachtruhe der Bevölkerung in besonderem Maße berücksichtigt werden. „Ich bin dankbar für die Initiative, die eine Lücke im Luftverkehrsgesetz schließen soll“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende von Treptow-Köpenick Oliver Igel.

„Mit dem Gesetzesantrag soll bei der Festlegung von Verfahren zur Abwicklung des Luftverkehrs nach der Sicherheit dem nächtlichen Lärmschutz Priorität vor anderen Belangen eingeräumt werden.

Ein Beschluss des Gesetzes könnte Belastungen in Treptow-Köpenick durch den Flughafen BBI mindern“, so der SPD-Politiker.

Oliver Igel hofft, dass der Bundesrat dem Gesetz zustimmt. Bis dahin sollten keine neuen Flugverfahren für Berlin und Brandenburg festgesetzt werden, um gegebenenfalls aufgrund der Bundesratsinitiative Änderungen vorzunehmen. Oliver Igel: „Die beste Alternative ist weiterhin ein Nachtflugverbot für Schönefeld von 22 bis 6 Uhr.“

Strandbad Müggelsee: Es geht voran!

Die Weichen für Investitionen sind gestellt

Das Gelände des Strandbades des Müggelsee ist seit fünf Jahren ganzjährig und unentgeltlich geöffnet. Mit Hilfe von engagierten Bürgern und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist das Strandbad seitdem für die Öffentlichkeit zugänglich, überwacht und gepflegt. Außer in den Wegebau und in die nötigste Instandsetzung konnte jedoch bislang nicht investiert werden.

Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat sich nun entschieden, die Weichen für Investitionen und einen wirtschaftlichen Betrieb auf dem Strandgelände zu stellen. Das Konzept der Gruppe um die Firma Kühne - Pool und Wellness, das Ingenieurbüro Wolff-Meibert und den Verein Bürger für Rahnsdorf e. V. wurde favorisiert. Die ganzjährige Öffnung bei freiem Eintritt bleibt

dabei gewährleistet. Am Dienstag, 24. Mai 2011, wird das Konzept von 18.30 bis 20.00 Uhr vorgestellt. Auch der Stadtrat für Bauen und Stadtentwicklung, Herr Rainer Hölmer, wird anwesend sein.

Ab 18 Uhr findet eine Strandbadführung statt. Treffpunkt für beide Veranstaltungen: am Borkenstrand, Borkenbude Rahnsdorf, links neben dem Strandbad.

NOTIZEN AUS TREPTOW-KÖPENICK

NATURNAH

Wald und Wasser sind Markenzeichen des Bezirks. Davon überzeugte sich Wolfgang Thierse bei seinem Besuch in Treptow-Köpenick. Als „kafkaesk“ bezeichnete er das Wirrwarr an Zuständigkeiten, das die Hausbootnutzer im Treptower Hafen plagt. Nach Kündigung ihrer Stege suchen sie Wege, am Ort bleiben zu dürfen. Thierse will sich für sie einsetzen. Die BVV hatte auf SPD-Antrag Unterstützung beschlossen.

OLYMPISCH

Der Ruder- und Kanusport des Olympiastützpunktes Grünau hat eine beeindruckende Bilanz an internationalen Wettbewerbsteilnahmen und Medaillen vorzuweisen. Wolfgang Thierse konnte sich bei einer Ausfahrt von der modernen Technik überzeugen, mit denen das Training unterstützt wird.

FACHLICH

Sorgen machen Mitarbeitern des Bauhofes der Wasser- und Schiff-

fahrtsverwaltung in Grünau die Reformpläne des Bundes für ihre Verwaltung. Sollte sie künftig die Arbeiten nicht mehr selbst ausführen, drohen drastische Personalkürzungen und verlorenes Fachwissen. Das Berliner Amt wartet 400 Kilometer Wasserstraßen bis nach Eisenhüttenstadt. Schleusen, Brücken, Wehre müssen instandgehalten werden - was ein hohes Maß an Kenntnissen erfordert. Die SPD hat sich gegen die Reformpläne ausgesprochen.